

Das Fanal

Entscheidend ist der Anschlag selbst. Hunderte in den eigenen Selbstmord hineinzureißen, damit Tausende an ihren Arbeitsplätzen verbrennen – das ist beispielloos. Erneut wurde unsere an Vernunftskriterien orientierte Vorstellungskraft widerlegt. Vielleicht erklärt dies die Eilfertigkeit, mit der das Verbrechen als „Antwort auf die Aufteilung der Welt in Arm und Reich“ rationalisiert wurde, anstatt es aus der Perspektive jener wahnhaften Vorstellungsstruktur zu interpretieren, die im Vorgehen der Täter ihren Ausdruck fand.

Nicht zufällig hatte schon für Hitler das Symbol des brennenden Infernos über Manhattan einen besonderen Reiz. „Nie habe ich ihn so außer sich gesehen wie gegen Ende des Krieges, als er wie in einem Delirium sich und uns den Untergang New Yorks in Flammenstürmen ausmalte“, erinnerte sich Albert Speer. „Er beschrieb, wie sich die Wolkenkratzer in riesige, brennende Fackeln verwandelten, wie sie durcheinanderstürzten, wie der Widerschein der berstenden Stadt am dunklen Himmel stand.“ Hitler geriet bei dieser Vorstellung in Ekstase, weil „Wall Street“ für ihn die Chiffre für jüdische Weltbeherrschung war, „sozusagen das Generalstabsgebäude Judas. Von hier aus gehen die Fäden Judas über die ganze Welt“, wie eine Programmschrift des deutschen Antisemitismus 1919 schon beschwor. Der arabische Antisemitismus, der mit dem deutschen nicht identisch ist, weist gleichwohl ähnliche Züge auf.

Seine ideologische Quelle sind die ägyptischen Muslimbrüder, die im Kontext der Weltwirtschaftskrise von 1929 gegen „Kreuzfahrer und Juden“ mobilisierten und so die erste islamistische Massenbewegung initiierten. Von Anbeginn an verherrlichte diese Bewegung – nicht zuletzt unter dem Einfluss des europäischen Faschismus - „Kampf“ (Dschihad), „Tod und Märtyrertum“ sowie – so ihr Gründer Hasan al-Banna - die „Kunst des Sterbens“.

Wichtigster Autor der „Muslimbrüder“ ist Sayid Qutb, dessen antisemitische Pamphlete den militanten Islamisten derzeit vertrauter sind, als der Koran selbst „Wir dürfen nicht vergessen“, schrieb Qutb 1964 in seinem Hauptwerk *Soziale Gerechtigkeit im Islam*, „dass Kommunismus und Freimaurerei jüdische Institutionen sind und dass die erste Säule des jüdischen Plans zur Zerstörung der Welt ... darin besteht, die Religion ... von der Welt zu entfernen.“ Die „fortwährende Rolle der Juden“ sei ihre „Verschwörung gegen den Islam“ durch „Vereinigung der antiislamischen Kräfte sowohl in der kreuzfahrerischen imperialistischen Welt wie auch in der materialistischen kommunistischen Welt.“ (Zit. nach W.E. Shepard, Sayyid Qutb and Islamic Activism, Leiden 1996) In der Logik der Dschihadisten beseitigte ihr Sieg in Afghanistan den Kommunismus, weshalb sie jetzt die Zeit für gekommen halten, den anderen Feind des Islam zu zerschlagen, die „jüdisch infizierte“ Weltordnung des Westens. 1995 gründeten bin Ladin und der ehemalige ägyptische Muslimbruder Ayman an-Zawahiri als militantesten Flügel des arabischen Antisemitismus die „Islamische Front für den Dschihad gegen die Juden und die Kreuzfahrer“. Mohammed Atta, der als „Kopf“ der Attentäter vom 11. September gilt, soll Mitglied in der von Zawahiri geführten Organisation „Ägyptischer Islamischer Dschihad“ gewesen sein.

Die Aneignung von Wissenschaft und fortgeschrittenster Technologie, wie etwa die der Kernspaltung, gelten den Dschihadisten als Voraussetzung für militärische Überlegenheit und als Grundlage zur Befreiung der Welt. Doch nicht nur in diesem Punkt ist ihre Revolte modern. Wie Hitler einst „einen neuen Sozialstaat von höchster Kultur“ ankündigte, so will die „antikapitalistische“ Rebellion der Dschihadisten die „umfassende Weltsicht des Islam“ durch eine von Zins und Gewinnsucht „gereinigte“ Ökonomie verwirklichen. Schon in den 30er Jahren gründeten deshalb die Muslimbrüder „befreite“ Industriebetriebe. In den 90ern machte auch Usama bin Ladin den Versuch, „mit Musterbetrieben die wirtschaftliche Einigung der *umma*, der islamischen Welt also, anzustoßen.“ (FAZ, 29.9.01) Dem freilich stehen Feinde im Weg: So hatte der Selbstmord-Attentäter Mohammed Atta in seiner Harburger Diplomarbeit „anonyme Mächte“ für die „Zerstörung von menschlicher Lebensqualität“ verantwortlich gemacht. Niemals ist solch „verkürzter“ Antikapitalismus der Herrschaft des Geldes gefährlich geworden. Stets aber war seinem Programm ein Identitätswahn eigen, der auf Beseitigung der „anonymen Mächte“: der „Juden“ und der „Kommunisten“ sinnt.

Die Täter des 11. September hatten die Wahl und die Tat zeugt vom Motiv. Ihr eliminatorischer Hass gegen das „jüdische“ New York, dem Tausende zum Opfer fielen, ist weder „verrückt“, noch „religiös versponnen“ oder „rückwärtsgerichtet“, sondern das Antriebsmoment ihrer regressiven Revolution: Der Anschlag auf das World Trade Center war die bisher monströseste Offenbarung eines erneut auf Vernichtung zielenden Antisemitismus.

Wer darin einen beliebigen „Terror“ sieht und eine interne Angelegenheit der USA hat nicht verstanden, worum es geht. Die brennenden Türme sind das Fanal einer antisemitischen Revolution, die ihre Energie aus einer Mischung diesseitiger Wahnvorstellungen und jenseitiger Heilserwartungen bezieht. Da dieser Fall in den Kampagnen von Anti-Imperialisten und Friedensfreunden nicht vorgesehen war, verbietet sich jedes „weiter, wie bisher“. Stattdessen ist der eigene Standort in einer neuen weltweiten Konfrontation zu bestimmen, die die Urheber des Anschlags zwingend auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Dieser Kampf findet unter paradoxen Voraussetzungen statt: Erstens kann er nur im Rahmen jener kapitalistischen Verfasstheit geführt werden, welche das Potenzial zur absoluten Barbarei stets neu aus sich heraus erzeugt. Zweitens sind seine Voraussetzungen nicht überall, wo das Wertgesetz herrscht, a priori gleich. Während dem Identitätswahn der Attentäter die britische und US-amerikanische Vorstellung vom Individuum als politischem Subjekt eher konträr gegenübersteht, ist deren Weltbild mit der völkischen, die „kulturelle Identität“ betonenden Doktrin der Deutschen durchaus verwandt. Schon „Zivilisation“ ist bei Gerhard Schröder stets rassistisch konnotiert (um sich von den weniger „zivilisierten“ Russen, Serben oder Yankees abzugrenzen), während Tony Blair damit „zivilisierte Verhaltensweisen“ jenseits von Abstammung oder Geographie zu fassen sucht. Im Kampf gegen Dschihadisten gewinnen solche Unterschiede an Bedeutung und beeinflussen Politik: Die jetzt besonders enge Kooperation zwischen Washington und London hat vermutlich auch hierin ihren Grund. In dieser Auseinandersetzung verändert sich drittens das Paradigma der antikapitalistischen Kritik: Selbstverständlich müssen die amerikanische

und die britische Politik weiterhin kritisiert werden. Jedoch nicht deshalb, weil sie die Dschihadisten verfolgt, sondern weil sie diese nicht zielgenau und konsequent genug verfolgt.¹

In Washington kann von einer Klärung des Charakters der Anschläge keine Rede sein: das Wort vom „Terrorismus“ verdunkelt, worum es eigentlich geht. Das kleinlaut nachgeschobene Eingeständnis, diesen nur dann bekämpfen zu wollen, „wenn er die Vereinigten Staaten bedroht“ (International Herald Tribune, 24. 9.01), macht den instrumentellen Charakter der Bush-Kampagne offenbar und erklärt, weshalb beispielsweise Albanien oder die mit bin Ladin kooperierende UCK auf der Liste der Terrorsympathisanten fehlt, während ausgerechnet Israel vom weltweiten Anti-Terror-Bündnis der USA demonstrativ ausgeschlossen und ein aktiver Förderer des Dschihadismus wie Saudi-Arabien als bevorzugter Verbündeter hofiert wird.

Immerhin haben Washington und London damit begonnen, die antisemitischen Netzwerke bin Ladins zu zerstören, was von der Berliner Politik, die besonders deshalb zu kritisieren ist, weitaus weniger behauptet werden kann.

Während die nationalistische deutsche Linke die Bundesregierung wegen ihres angeblich vorauseilenden Gehorsams gegenüber Washington anprangert, ist die entgegengesetzte Entwicklung längst im Gang. Beim Kampf gegen den Terrorismus machen wir mit, ruft Gerhard Schröder laut. Aber nur, weil wir leider müssen, fügt vor dem Bundestag leise Rudolf Scharping hinzu, da sonst „das Risiko des Sonderwegs“ besteht. Von einer transatlantischen „Kampffront gegen den Terrorismus“ kann jenseits der rhetorischen Blüten also keine Rede sein. „Die Sprengwirkung der Attentate (reicht) bis in das Innerste der Allianz“ warnte am 13. September Berthold Kohler, ein Herausgeber der *FAZ*. Schon heute ist die Nato in ihrer bisherigen Form heute kaum mehr als ein Relikt. Dass man im Kampf gegen die Dschihadisten sich einzig auf die Briten verlassen und auf Deutsche wie auch Franzosen pfeifen könne, wurde von amerikanischen Regierungsbeamten auch öffentlich erklärt. Die „Kampagne gegen den Terrorismus“, so US-Verteidigungsminister Rumsfeld, werde ganz neue Koalitionen von Ländern hervorbringen, die sich verändern und jeweils neu zusammensetzen können.

In dieser durch Auflösung und Neuformierung gekennzeichneten Gemengelage scheint Deutschland eine Doppelstrategie zu verfolgen. Während man einerseits den Eindruck eines Abschieds von der internationalen „Anti-Terrorismus-Front“ peinlich zu vermeiden sucht, wird

¹ Diesen Vorschlag verbinde ich mit dem Plädoyer, die kommunistische Politik im Zuge des II. Weltkriegs kritisch zu reflektieren. Auch wenn Dschihadismus und Nationalsozialismus nicht auf eine Stufe gestellt oder gar gleichgesetzt werden können, stellte sich für die damalige Linke ein vielleicht vergleichbares Problem. Das von Liebknecht und Lenin abgeleitete Paradigma, stets zuerst den „Hauptfeind“ im eigenen Land zu bekämpfen, hatte im Laufe des II. Weltkriegs zur Folge, dass die der Komintern angeschlossene Französische Kommunistische Partei nach dem deutschen Überfall auf Frankreich nicht dem nationalsozialistischen Aggressor entgegentrat, sondern weiterhin der eigenen Bourgeoisie. Diese Position wurde erst mit Beginn des deutschen Angriffs gegen die Sowjetunion revidiert, während amerikanische Trotzlisten bis 1945 an der „Hauptfeind USA“-Linie festhielten. Kann dieser Standpunkt auf Basis unserer heutigen Kenntnisse über Auschwitz verteidigt werden? Hätte nicht besser der jeweils eigene Imperialismus vorrangig aufgrund seiner Halbherzigkeit, Inkonsequenz und strukturellen Unfähigkeit im Kampf gegen Nazi-Deutschland denunziert werden müssen?

gleichzeitig die eigenständige Großmacht-Politik gegenüber den USA vorangetrieben. Die Mitteilung der Bundesregierung vom 2. Oktober 2001, sich erstmals 4-5 eigene, d.h. von der Nato unabhängige militärische Aufklärungssatelliten zu beschaffen, ist hierfür nicht das einzige Indiz. In ungewöhnlicher Offenheit gewährte Lothar Rühl, ein ehemaliger Staatssekretär im Bundeskriegsministerium, nur wenige Tage nach dem Anschlag in New York einen Blick auf bevorstehende Szenarien, in welchen es keine Bündnisse, sondern nur noch „Großstaaten“, also Großmächte zu geben scheint:

„In den akuten Krisen zum Jahrhundertbeginn“ erweise sich der Einfluss der USA „als umstritten, unsicher und begrenzt“, behauptet Rühl. „Mittelasien ist wie der Mittlere Osten Objekt der strategisch-ökonomischen Konkurrenz und damit ein aufgeladenes Spannungsfeld zwischen den Großstaaten und deren Klienten.“ Die europäisch-deutsche Position werde „in dieser Weltkrise kritisch ... für die Neubestimmung der Machtverhältnisse sein.“(FAZ, 17.9.01)

Neuformierung der Machtverhältnisse, strategische Konkurrenz: Dies ist das Terrain der islamismus-freundlichen deutschen Politik und der Hintergrund der Bundestagserklärung Rudolf Scharpings vom 26. September, eine militärische Antwort der USA auf das Massaker nur dann zu unterstützen, wenn „der Dialog zwischen Kulturen und Religionen, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bewahrung von Lebensgrundlagen, Förderung von Rechtsstaatlichkeit durch die Art der Reaktion nicht diskreditiert und in Zweifel gezogen werden können“ – also eigentlich nie! Neuformierung der Machtverhältnisse, strategische Konkurrenz: Dies ist heute auch das Terrain der Friedensbewegung und ihrer anti-amerikanischen Freunde, die nolens volens bei der Neuformierung Deutschlands gegen den US-amerikanischen Rivalen als Aktivposten fungieren.

„America´s New War“ betitelte beispielhaft und bedrohlich die Wochenzeitung *Freitag* ihre fortlaufende Rubrik, um an dreierlei Postulaten von vornherein keinen Zweifel aufkommen zu lassen: 1. Nicht die Dschihadisten, sondern die USA hätten den Krieg erklärt. 2. Falls die USA auf den Dschihadismus militärisch reagierten, sei dies nur ein neuer imperialistischer Krieg, wie einst gegen Nicaragua oder Vietnam. 3. Der Kampf gegen den Dschihadismus sei einzig und allein Sache der USA.. Die ersten beiden Punkte halten der Analyse nicht stand, während die dritte Position im Land der Mörder, das den eliminatorischen Antisemitismus bis zur letzten Kriegsminute praktizierte, auch den moralischen Bankrott markiert: Anstatt gegen massenmörderische Antisemiten zu mobilisieren, was hierzulande tatsächlich einmal etwas Neues wäre, wird in Sachen Feindmarkierung mit ihnen der Schulterschluss praktiziert.

Der abgrundtiefe neue Hass, der den USA nicht zufällig im Moment der Schwäche und großer menschlicher Verluste entgegenschlägt, ist mehr als nur der Nachvollzug eines heimlichen Regierungsprogramms. Er verweist zugleich auf jene wahnhaftige Vorstellungsstruktur, die im Vorgehen der islamistischen Attentäter ihren Ausdruck fand: verkürzter Antikapitalismus plus antisemitische Rebellion.

Quelle: konkret 11/2001, S. 14f.